



Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

## Es gibt keine „Kostenprobleme“ bei der Rente

Die „Rente mit 63“, die ohnehin nur für wenige und für wenige Jahre gelten soll, ist noch nicht verabschiedet, doch schon wollen CDU und SPD sie weiter einschränken. Jetzt wollen sie verbieten, dass Arbeiter, die mit 61 Jahren entlassen werden und mit 63 ihre 45 Beitragsjahre voll haben, ohne Abzüge in Rente gehen können.

Auch nur ein paar wenigen Arbeitenden die massiven Abzüge der Frührente zu ersparen, selbst das ist der Regierung schon zu viel. Dafür sei – so behaupten sie – kein Geld da.

Überhaupt werden sie nicht müde, uns einzureden, schon die Rente mit 63 und die Mütterrente – diese winzigen und nur kurzfristigen Verbesserungen für einige Rentner – wären eigentlich nicht bezahlbar, würden die Rentenkassen leeren und „die künftigen Generationen“ ebenso wie die heutigen Rentner müssten dies bezahlen.

Es ist klar, was sie mit dieser Propaganda bezwecken: Sie bereiten uns darauf vor, dass sie die nächsten Verschlechterungen bei der Rente durchsetzen wollen. Und die Arbeitenden, die 45 Jahre lang geschuftet haben und Frauen, die mühsam Kinder großgezogen haben, wollen sie dafür dann verantwortlich machen! Das ist eine Schande.

Was die jüngere und die ältere Generation bezahlt ist die Politik der Herrschenden. Sie allein ist dafür verantwortlich, dass unser aller Renten den Bach runter gehen.

Es sind in erster Linie die Unternehmer, deren ständige Entlassungen, befristete Verträge und Leiharbeit, Niedriglöhne und Minijobs dazu führen, dass viele im

Alter nur noch die Armuts-Grundsicherung bekommen werden. Und die auch dazu führen, dass immer weniger Geld in die Rentenkassen eingezahlt wird.

Würden die herrschenden Politiker wirklich an die junge Generation denken, dann würden sie gegen die Entlassungen, gegen Befristungen und Minijobs, gegen die niedrigen Löhne – sprich gegen die wahren Rentenkiller, die Kapitalisten vorgehen.

zu Armut, zum Arbeiten und sogar zum Flaschensammeln zu verdammen.

Aber, jammern alle Politiker im Chor, „Die Rentenkassen sind doch leer und die Menschen leben zu lange. Verbesserungen sind einfach nicht möglich und nicht bezahlbar.“ Nicht möglich? Doch. Es war schon in viel schlechteren Zeiten möglich.

1957 zum Beispiel, am Ende der Nachkriegszeit. In der Nachkriegszeit war Deutschland vollkommen zerstört, hatte Schulden abzubauen, viele Invaliden zu versorgen und 12 Millionen Flüchtlinge einzugliedern.

Doch trotzdem war es der Regierung Adenauer möglich, die Renten grundlegend zu verbessern. Bis dahin hatte kaum jemand von seiner Rente leben können. Mit der Rentenreform von 1957 aber wurden die Renten mit einem Schlag von 35% auf 50% der Bruttolöhne angehoben und 1:1 an die Steigerung der Löhne gekoppelt.



Quelle: Lutte Ouvrière

Und zuallererst würden sie die zahlreichen Verschlechterungen bei der Rente rückgängig machen, die die Regierungen nach und nach eingeführt haben und mit denen sie nicht nur die zukünftigen, sondern auch die jetzigen Renten zerstören: die Abschaffung der gesetzlichen Altersteilzeit, die Besteuerung der Renten, die Änderung der Renten-Berechnung, kaum noch gewährte Arbeitsunfähigkeit, weniger Anrechnung von Arbeitslosigkeit, kaum noch stattfindende Rentenerhöhungen, während Abgaben und Preise steigen, und jetzt die Rente mit 67...

All diese sogenannten Renten-„Reformen“, die massiv dazu beigetragen haben, schon heute viele Rentner

Was damals möglich war, ist es heute erst recht. Denn seitdem sind die Produktivität und der Reichtum der Gesellschaft noch viel größer geworden. Allein in den letzten 40 Jahren ist die Produktivität um 223% gestiegen. Das bedeutet, in einer Stunde Arbeit schafft heute jeder Arbeitende mehr als 3 Mal so viel Reichtum wie vor 40 Jahren.

Alle Menschen könnten also problemlos früher in Rente gehen – und dabei eine gute Rente bekommen. Nur muss man dafür gegen die Kapitalisten durchsetzen, dass ein Teil dieses steigenden Reichtums auch bei den Arbeitenden landet, statt wie heute ausschließlich in die Taschen der Kapitalisten zu fließen.

## Spanien: Abtreibung darf nicht verboten werden!

Für viele Frauen und Männer war es ein schwerer Schock: Die spanische Regierung will die Abtreibung zu einer Straftat machen – verboten und verfolgt, wie sie es unter der rechtsextremen Diktatur von Franco war.

Entsetzt und empört haben in den vergangenen Wochen zehntausende Frauen und Männer protestiert: Sie wollen verhindern, dass dieses Gesetz sie 30 Jahre in die Vergangenheit zurückwirft. Sie wollen das jetzige Abtreibungsrecht erhalten, das es Frauen ermöglicht, sich bis zur 14. Woche frei zu entscheiden.

Entscheiden sie sich für einen Schwangerschaftsabbruch, so wird dieser in einem ordentlichen Krankenhaus durchgeführt.

Kommt das geplante Gesetz jedoch durch, dann gibt es keine Krankenhäuser mehr, die den Eingriff durchführen dürfen – außer in ganz wenigen Ausnahmefällen wie bei nachgewiesener Vergewaltigung.

Dann können die Frauen, wenn sie das nötige Geld hierfür aufbringen können, nur noch ins Ausland oder in getarnte Privatkliniken gehen. Und den Ärmeren bleibt nur, entweder die ungewollte Schwangerschaft hinzunehmen oder wie früher heimlich und illegal abzutreiben, ohne medizinische Kontrolle, zum Teil ohne Arzt, in Hinterzimmern... mit dem ernsthaften Risiko, dauerhafte Schäden davonzutragen oder gar die Abtreibung nicht zu überleben.

Es war ein jahrzehntelanger Kampf vieler Frauen und Männer, bis den Frauen

zumindest in fast allen europäischen Ländern dieses Los erspart und die Abtreibung erlaubt wurde. Überall mussten sie dafür den wütenden, hartnäckigen Widerstand der Kirche und der konservativen Politiker überwinden, die immer und überall für sich das Recht in Anspruch nehmen, über den Körper der Frauen entscheiden zu dürfen; ihnen auch eine ungewollte Schwangerschaft mit all ihren Folgen aufzwingen zu dürfen.

Doch wie viele demonstrierende Frauen in Madrid riefen: „Mein Körper gehört mir, ich entscheide.“



„Wir Frauen entscheiden“ und „Abtreibung legal“ rufen zehntausende Demonstranten am 1. Februar in Madrid.

In den 70er Jahren wurde schließlich in Frankreich, in der DDR und in zahlreichen anderen Ländern die Abtreibung zum ersten Mal frei und legal, in Spanien ab den 80er Jahren.

Viele in Europa hatten die Errungenschaften der 70er-80er wie das Recht auf Verhütung und Abtreibung für gesichert gehalten. Kaum einer konnte und kann sich vorstellen, dass sie wieder in Frage gestellt werden. Doch vor ein paar Jahren mussten bereits die Menschen in Polen erleben, wie ein fortschrittliches Abtreibungsrecht mit ei-

nem Federstreich in das rückschrittlichste und grausamste Abtreibungsverbot Europas verwandelt wurde. Und nun ist Spanien an der Reihe.

In dem wachsenden Verfall und Elend dieser kapitalistischen Gesellschaft und bei fast vollständig verschwundenen fortschrittlichen Kämpfe der Arbeiterbewegung werden seit einigen Jahren die rückschrittlichen Ideen auf allen Ebenen stärker. Und die Regierungen tragen dabei einen Teil der Verantwortung. Um ein paar Stimmen mehr von den reaktionärsten Wählern zu bekommen, schrecken sie nicht davor zurück, jedes noch so mittelalterliche und widerwärtige Gesetz wieder aus der Mülltonne zu holen.

Keine Errungenschaft, die wir heute für selbstverständlich halten, ist davor sicher, das Recht auf Abtreibung oder Verhütung ebenso wenig

wie das Recht auf Behandlung im Krankenhaus oder Arbeitslosengeld.

Auch ihre Zukunft wird letztlich davon abhängen, dass die Arbeitenden wieder den Kopf heben. Dass sie wieder anfangen, laut und sichtbar für ihre Anliegen und sozialen Forderungen zu kämpfen. Nur so kann ein Gegengewicht entstehen zu den rückschrittlichen Kräften, die heute als einzige spürbar Druck ausüben. Nur große kollektive soziale Kämpfe der Arbeitenden können ein Klima schaffen, in dem auch allgemein fortschrittliche Ideen und Werte wieder an Kraft gewinnen können.

### 10% mehr Lohn... für alle!

10% Lohnerhöhung, Rente mit 63 für alle und Rente in Höhe von 65% des Bruttolohns: Diese Maßnahmen, die CDU und SPD planen, hören sich doch wirklich gut und sinnvoll an.

Sie müssten nur noch den Zusatz „für die Diäten und Renten der Politiker“ streichen und ihn durch „für alle Arbeitenden“ ersetzen.

### Gleicher als gleich

Die CDU-SPD-Regierung hat verkündet, ab 2016 solle es den Politikern nicht anders gehen als allen anderen Arbeitenden: Ihre Diäten sollen nur noch so viel steigen wie die Durchschnittslöhne.

Wie allen anderen? Na ja. 2% mehr Lohn bedeutet für einen Minijobber 8 Euro mehr Lohn, für eine Putzfrau oder eine Kindergärtnerin im öffentlichen Dienst 20, beziehungsweise 40 Euro mehr Lohn, und für einen Politiker im Bundestag... 180 Euro. Bei solchen Aussichten können sie sich großzügig wie alle Lohnabhängigen behandeln lassen.

## Bettenkahlschlag an Rhein und Ruhr

Die Bezirksregierung Düsseldorf will 2015 innerhalb eines Jahres 3.583 Krankenhausbetten einsparen – das ist fast jedes zehnte! Ganze Abteilungen sollen geschlossen werden, vor allem in der Gynäkologie und Chirurgie. „Nicht jedes Krankenhaus braucht eine Chirurgie. Und auch ob wir zwei Neugeborenen-Stationen in Oberhausen brauchen, würde ich nach den vorliegenden Zahlen in Frage stellen“ sagt dazu gelassen der Regionaldirektor der AOK, Hans-Werner Stratmann. Das wäre „ökonomisch sinnvoll“.

Ja, Einnahmen und Ausgaben sind die einzigen Zahlen, die für Krankenkassen und Landesregierung zählen. Die Mühen und die Angst schwangerer Frauen oder Unfallopfer, die weitere Wege zum nächsten Krankenhaus auf sich nehmen müssen, sind nicht Teil ihrer Rechnung.

Ebenso wenig die Komplikationen der Patienten, die bei sinkender Bettenzahl immer länger auf OP-Termine warten müssen und danach noch halb krank wieder nach Hause geschickt werden, damit das Bett für den nächsten frei wird... wenn sie nicht gleich an

ambulante Privatkliniken verwiesen werden, die sich immer mehr alle einfachen und profitablen Operationen unter den Nagel reißen. Und erst recht zählen bei ihrer Rechnung nicht die Beschäftigten. Für sie bedeutet Bettenabbau Abbau von Arbeitsplätzen. Und für die Übrigen noch häufiger wechselnde Patienten und damit noch mehr Krankenakten anlegen, Betten wechseln, Keime testen, kurz gesagt noch mehr Stress.



**Herten: Die Gynäkologie ist geschlossen. Schwangere müssen jetzt nach Recklinghausen (6km).**

All diese Verschlechterungen einzig, damit die Krankenhäuser „wirtschaftlich sinnvoll“ sind. Krankenhäuser sollen aber nicht „wirtschaftlich“ sinnvoll sein, sondern sinnvoll für die Gesundheit. Und das kostet nun mal Geld.

## Ursache und Folge gleichzeitig

Im Ruhrgebiet bekommen über 80% der Arbeitslosen kein Arbeitslosengeld mehr, sondern nur noch HartzIV. Einerseits können viele, gerade ältere Arbeitende, die entlassen werden, auch nach einem oder anderthalb Jahren keine Arbeit mehr finden. Sie bleiben gezwungenermaßen Langzeit in HartzIV.

Auf der anderen Seite aber bekommen viele Jüngere von Anfang an kein Arbeitslosengeld: Sie finden einen Job – oft nur befristet – und sind ihn schon wieder los, bevor sie nach einem Jahr Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben haben. Oder, was noch häufiger ist, sie verdienen so schlecht, dass ihr Arbeitslosengeld weniger wäre als HartzIV.

Keine 10 Jahre nach ihrer Einführung haben es die Hartz-Gesetze mit dem Druck, den sie auf Arbeitslose und Arbeitsbedingungen ausgeübt haben, geschafft, das Arbeitslosengeld – für das die Arbeitenden monatlich einzahlen – fast vollständig durch das erniedrigende und ärmliche HartzIV zu ersetzen.

## Abtreibung und Pille danach: Wie ist die Lage in Deutschland?

Ein Recht auf Abtreibung gab es nur in der DDR. Hier konnten Frauen seit den 70er Jahren frei entscheiden, ob sie ein Kind bekommen wollten oder nicht. In der BRD hingegen blieb Abtreibung verboten. Bis heute ist sie nicht wirklich legal geworden. Zumindest aber werden Frauen, wenn sie vorher eine „Beratung“ über sich ergehen lassen, für eine Abtreibung nicht mehr bestraft.

In Deutschland beginnt auch erst in diesen Tagen die öffentliche Debatte darüber, die *Pille danach* frei in der Apotheke zu verkaufen, was in fast allen europäischen Ländern seit 10 Jahren schon gemacht wird.

Die *Pille danach* hat denselben Wirkstoff wie die normale Anti-Baby-Pille, nur höher dosiert, und verhindert daher Schwangerschaften noch bis zu drei Tage nach dem Geschlechtsverkehr. Sie wirkt umso besser, je schneller man sie einnimmt. In Deutschland jedoch muss

man erst zum Arzt, um sie zu bekommen, und da kann es schon zu spät sein. Außerdem dürfen Ärzte sie verweigern, was katholische Krankenhäuser systematisch tun.

Dennoch beharrt der CDU-Gesundheitsminister Gröhe, unterstützt von seiner Partei und der katholischen Kirche, auf der Verschreibungspflicht. Mit dem heuchlerischen Argument, die Pille danach habe Nebenwirkungen, man müsse die Frauen „schützen“. Heuchlerisch vor allem, weil man ja von einer ungewollten Schwangerschaft kaum behaupten kann, sie habe keine Nebenwirkungen!

Ehrlicher war er, als er erklärte, man könne jeder Frau ja wohl einen Arztbesuch zumuten, damit sie erstmal eine „Beratung“ bekomme. Denn genau darum geht es. Die Frauen werden wie Minderjährige behandelt: Sie sollen

ihre Entscheidung vor einem Arzt begründen und sich vielleicht noch demütigend rechtfertigen müssen, wie das überhaupt passieren konnte. Und dann sollen sie nicht einmal alleine entscheiden dürfen, ob sie die *Pille danach* nehmen möchten: Der Arzt darf sie ihnen aus moralischen Gewissensgründen verweigern.

Ja, wie schon immer lassen Konservative und Kirche wirklich keine, noch so absurde Gelegenheit aus, um sich in die Angelegenheiten der Frauen einzumischen und ihnen alles zu erschweren, wodurch sie als Frau alleine über ihren Körper entscheiden können. Und es ist ihnen vollkommen egal, dass ihr erdrückender moralischer „Schutz“ der Frauen einzig dazu beiträgt, vor allem junge Frauen in das Drama ungewollter Schwangerschaften oder in Abtreibungen zu treiben, die doch so einfach zu vermeiden wären.

## Sparpläne härter als Beton

10 Tage fiel am Mülheimer Otto-Pankok-Gymnasium die Schule aus, weil um die Schule ganz schnell ein Gerüst mit Fangnetz gebaut werden musste: Die Betonplatten der Außenfassade waren so lose geworden, dass sie auf Schüler und Lehrer zu fallen drohten.

Bei der Gelegenheit stellte sich heraus, dass auch die Lüftungsanlage, die Trinkwasserversorgung und die technischen Leitungen der Schule erhebliche Schäden haben. Kein Wunder, wo die Stadt von Sparplan zu Sparplan immer weniger Geld für die Sanierung der Schulgebäude hat.

In den Sommerferien werden nun die dringendsten Schäden geflickt. Für mehr jedoch ist – wieder Mal – kein Geld da. Die nächsten Gefahren sind also vorprogrammiert, nicht nur an der Otto-Pankok-Schule.

## Schweiz: Nationalismus schadet den Arbeitenden aller Länder

Führende Politiker von CSU und AfD haben über den Sieg des Volksentscheides in der Schweiz gejubelt, der die Einschränkung der Einwanderung fordert. Das wäre auch für Deutschland der richtige Weg.

Sie tun dabei so, als ginge es ihnen bei ihrer Propaganda gegen Zuwanderung um den Schutz der „deutschen“ Arbeitenden. Wen aber trifft denn der Schweizer Volksentscheid, den sie so gut finden? Die Einwanderer und Arbeitenden, die in der Schweiz ihren Lebensunterhalt verdienen, kommen vor allem aus Deutschland (300.000), aus Italien und aus Frankreich. Wollten sie ernsthaft die „deutschen“ Arbeitenden schützen, müssten sie dann nicht den Volksentscheid verurteilen, der hunderttausende Arbeitende aus Deutschland in Schwierigkeiten bringen könnte? Stattdessen propagieren sie: „Richtig machen sie es in der Schweiz, wenn sie die ausländischen (deutschen) Arbeitenden aus dem Land schmeißen.“

Das ist das wahre Gesicht solcher politischen Kräfte. Sie machen ihre nationalistische Propaganda, doch die Konsequenzen, die diese für die Arbeitenden haben kann, sind ihnen vollkommen egal.

Und die Konsequenzen ihrer nationalistischen Propaganda sind immer zum Nachteil für die Arbeitenden. Nicht zuletzt, weil Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne jeden Arbeitenden morgen schon zwingen können, selber in einem anderen Land nach Arbeit zu suchen, kommen Angriffe gegen ausländische Arbeitende immer wie ein Bumerang gegen alle Arbeitenden zurück.

## ThyssenKrupp Essen: Stopp den Arbeitsplatz- und Lohnkillern

400 Arbeitsplätze will ThyssenKrupp von Essen nach Berlin verlagern – einzig deshalb, weil sie dort in einem schlechteren Tarif bis zu 45% weniger Lohn zahlen können. 400 Arbeitende, die hier ihre Familie, Freunde, manchmal ein Haus haben, sollen vor die Wahl gestellt werden, entweder alles aufzugeben, um in Berlin zu wesentlich schlechteren Tarifen zu arbeiten – oder im Ruhrgebiet zu bleiben und dafür ihren Job zu verlieren.

Den übrigen 550 Arbeitenden des Dienstleistungsbereichs am Essener Standort will ThyssenKrupp die Löhne kürzen, um ganze 20%. Was das bedeutet, kann sich jeder vorstellen.

Seit über einem Jahr werden die Arbeitenden unter Druck gesetzt, ThyssenKrupp müsste aus seiner schlechten Finanzlage herauskommen. Doch die Arbeitenden sind nicht bereit, sich diesem Druck so einfach zu beugen und mit ihrem Arbeitsplatz und ihrem Lohn für eine finanzielle Lage zu bezahlen, für die sie nichts können und von der sie überhaupt nicht nachprüfen können, wie schlecht oder gut sie wirklich ist. Und überhaupt: Im Budget des ThyssenKrupp-Konzerns sind diese Lohnkürzungen nicht mehr als ein Tropfen Wasser im Ozean, doch für die Arbeitenden würden sie das ganze Leben ändern.

Eine erste Protestkundgebung für den Erhalt aller Arbeitsplätze und Löhne ist am 25. Februar vor der Essener Firmenzentrale geplant.

## Eine echte Rück-Versicherung

Die Münchner Rück, eine der größten deutschen Versicherungsgesellschaften, hat 2013 gerade einmal 100 Millionen Euro an Steuern gezahlt, obwohl sie rund 3,3 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat. Das ist ein Steuersatz... von 3%. Den hätten wir Arbeitenden auch mal gerne.

Das ist das Ergebnis zahlreicher Steuerreformen: Nach und nach haben die herrschenden Politiker die Steuergesetze so gemacht, dass die Unternehmen nach Belieben mit den Zahlen jonglieren, ihre Gewinne verstecken und behalten und entsprechend (keine) Steuern zahlen. Und anschließend sagen dieselben Politiker, dass sie nicht wissen, wo sie das Geld für Kindergärtner, Altenpfleger, Renten, Unterkunft für Asylbewerber oder Schulsanierungen herbekommen sollen.

## Ein großzügiges Geschenk

Opel ist wirklich zu großzügig: Einen ganzen Teil seiner ehemaligen Werksgelände will Opel der Entwicklungsgesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ schenken. Diese Gesellschaft gehört zu 49% Opel und zu 51% der Stadt Bochum und soll den Standort „fit machen“, damit sich dort neue Firmen ansiedeln.

Zum Fit machen gehört aber auch, die Werksgelände von allen Umwelt-Altlasten zu befreien. Das wird mindestens 100-130 Millionen Euro kosten. Und da die Gelände dann der Entwicklungsgesellschaft gehören, muss die Stadt die Hälfte davon bezahlen.

Das ist also das „Geschenk“, das Opel für die Zukunft Bochums macht: mindestens 50 Millionen an zusätzlichen Ausgaben für die Stadt. Und der Stadtrat, der von Opel schon zehntausend vernichtete Arbeitsplätze geschenkt bekommt, hat dieses Abschiedsgeschenk mit Freuden angenommen.

## Wollen Sie uns erreichen?

### DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de) Tele-

fon: 0157 – 76493485

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)